

Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Amtstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Chorner Vorheulett.

Nr. 134.

Dienstag, den 27. August.

1867

Zur Situation.

Zur Salzburger Zusammenkunft wird der „Danz. Btg.“ folgendes geschrieben: „Von den Salzburger Verabredungen wird Preußen — so viel scheint nach allen Berichten unfehlbar — das zunächst berühren, was auf Süddeutschland und Nordschleswig Bezug hat. So viel mir bekannt ist, wünscht man in Regierungskreisen durchaus nicht ein zu schnelles Eintreten Süddeutschlands in den Bund; man hält vielmehr die Schutz- und Trutzbündnisse und das Bollparlament für vorläufig genügend zur Einigung im Augenblick der Gefahr, so wie gegenüber den Anforderungen des Handels und der Industrie. Man ist der Ansicht, daß Preußen Mittel genug in Händen hätte, die süddeutschen Mächte zum gänzlichen Eintritt in den Bund zu bewegen, allein man will dies nicht, weil man glaubt, durch den Hinzutritt der 4 Südstaaten würde das particularistische Element, welches in Augenblick völlig machtlos im Bunde ist, derart erstarke, daß der BUND an Festigkeit verlöre was er an Umfang gewonne. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, giebt man sich in officiellen Kreisen die Miene, als wenn die Salzburger Uebereinkommen den Gleichmut Preußens in diesem Punkte nicht alterieren könnten. — Bedenklicher steht die Nordschleswigsche Angelegenheit, über deren Stand offen zu sprechen einigermaßen difficil ist. Bekannt ist, daß in hohen Kreisen noch vor achtzehn Monaten Gedanken an Abtretung eines Theiles von Nordschleswig brevi manu von der Hand gewiesen wurden. Viele geflügelte Worte wurden damals gesprochen, deren Silber besser durch Schweigen in Gold verwandelt worden wären. Es ist für eine politische Person immer bedenklich, sich durch ein leichtblumig gesprochenes Wort zu engagiren. Der Prager Frieden hat die

Ausfertigung „sieben Fuß“ und a. m. in arger Weise desavouirt, und uns eine Verpflichtung auferlegt, deren wir uns in angemessener Form so bald als möglich entledigen sollten. Bin ich recht berichtet, so ist Graf Bismarck für schlemige Ausführung des Art. V. im Prager Frieden; dagegen stößt diese Tendenz in höchsten Kreisen auf Opposition. Die schroffe Haltung Dänemarks machte bisher bei solcher Stimmung erfolgreiche Unterhandlungen in dieser Angelegenheit unmöglich, und würde man daher eine recht rücksichtsvolle Vermittelung Seitens des durch den Prager Frieden legitimirten Österreichs nicht ungern sehen. Graf Bismarck mindestens dürfte durch eine solche Vermittelung schwerlich verstummt werden.“

Die „N. Pr. Btg.“ enthält folgende Notiz: „Wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, stellt sich jetzt als Kern der Salzburger Abmachungen die Bildung eines süddeutschen Bundes unter Beteiligung Österreichs heraus. Außerdem scheint es sich als Handhabe gegen Preußen um eine Verständigung Österreichs und Frankreichs in der schleswigschen Frage zu handeln.“

Das vorstehende Programm für die Salzburger Konferenz wurde bekanntlich schon vor ihrem Zusammentritt von dem Wiener Korrespondenten des „Journals des Debats“ zum Besten gegeben. Als der eigentliche Urheber der Enthüllungen des Pariser Blattes gilt überall Fürst Metternich, der in Salzburg mit so großer Ostentation durch das goldene Blatt ausgezeichnet worden ist. Daß jenes Programm die stillen Wünsche Österreichs wie Frankreichs enthält, ist wohl nicht zu bezweifeln, doch ist es ziemlich unwahrscheinlich, daß man sie in Salzburg so naht formuliert haben sollte, wie die „N. Pr. B.“ glauben läßt. Im Prager Frieden übernimmt Österreich nicht die Herrschaft im Süden, sondern es scheidet aus Deutsch-

land aus. Vorerst hat man es in Paris und Wien wohl nur auf einen neuen großen diplomatischen Kärm abgegeben, der alle maskonten Elemente in Deutschland aufs Neue auf die Beine bringen und Preußen unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten soll. Die Welt ist heute aber nicht mehr darauf eingereicht, solche unablässig fortgesetzte Provokationen, welche die Sicherheit aller Beziehungen aufheben, zu ertragen, und so werden die beiden Paladine, welche der Weltfriede in Salzburg aufs Neue gefunden, wohl sehr bald in die Lage versetzt werden, bestimmt zu sagen, was sie eigentlich wollen.

Die „Wiener Korrespondenz“ kann auf das bestimmteste versichern, daß die Mittheilung eines französischen Blattes über eine Unterredung des kaiserlich österreichischen Botschafters in Rom mit dem Kardinal Antonelli, wobei letzterer zu persönlichen Invektiven sich habe hinreissen lassen, durchaus auf plumper Entstellung und Lebhaftreibung beruht.

Die Gerüchte über die Salzburger Zusammenkunft lauten noch immer ziemlich wirr durcheinander. Zuletzt wird es übrigens weniger auf diesen oder jenen einzelnen Punkt des Einvernehmens ankommen, sondern vor Allem darauf, ob man es überhaupt mit der künftigen gemeinsamen diplomatischen Aktion ernstlich meint. Ist dies der Fall, so versteht es sich von selbst, daß die Mächte, deren Ehrgeiz zügeln zu wollen man so überlaut verkündet, sich ebenfalls zusammenhunten werden, um der aufdringlichen Beworbung vereint entgegen zu treten. Darauf wird sich am Wenigsten der Kaiser Napoleon täuschen; wie oft hat er nicht früher durch Herrn Rouher dem gesetzgebenden Körper aufs Schlagendste auseinandersezessen lassen, daß eine aufrichtige Friedenspolitik stets bestimmte Fragen herantrete läßt, um sie dann mit allen europäischen Mächten im gemeinsamen Interesse

Die Todesstrafe.

Das große Aufsehen, welches die Hinrichtung des Kaisers Maximilian von Mexico in allen Kreisen der Gesellschaft hervorgerufen hat, mahnt daran, daß die Träger des Fortschritts nicht vergessen sollen, für einen der nothwendigsten Fortschritte auf dem Gebiete des Strafrechts, für die Aufhebung der Todesstrafe zu kämpfen. Der Kampf, welcher seit einem Jahrhundert mit unwiderleglichen Gründen gegen die Todesstrafe geführt worden ist, hat bis jetzt leider nur einen sehr geringen Erfolg gehabt. Vorübergehend war in einigen Staaten im Moment eines hohen sittlichen Aufschwunges die Todesstrafe abgeschafft worden, aber leider wurde sie immer eingeführt, so bald die siegende Reaction ihre Fäden entfaltete und nur in wenigen kleinen Staaten, wie z. B. in Nassau und Oldenburg, hat man sich vor diesem Rückschritt gehütet. In diesen beiden Ländern ist die Todesstrafe abgeschafft, und es fragt sich jetzt, wo Nassau dem preußischen Staate einverleibt worden ist, wo Oldenburg als Mitglied des Norddeutschen Bundes dem gemeinsamen Strafgesetz unterworfen werden soll, ob in diesen beiden Ländern die Todesstrafe wieder eingeführt werden, oder ob man sich zu dem Entschluß empörschwingen soll, für ganz Preußen und für ganz Norddeutschland die Todesstrafe für ewige Zeiten abzuschaffen. Dadurch ist diese Frage, welche eigentlich niemals ganz unbeachtet bleiben sollte, uns jetzt sehr nahe gerückt, denn das Parlament resp. das Abgeordnetenhaus werden sich bald darüber entscheiden müssen, was fernerhin in Nassau und Oldenburg Rechtes sein soll, werden darüber entscheiden müssen, ob Deutschland den edleren und höheren Anforderungen der Menschheit folgend, als Staat auf das historisch ererbte, ursprünglich von Nache und Furcht erzeugte Gesetz der Vernichtung menschlichen Le-

bens im Strafrecht verzichten kann, ohne die Pflicht der Selbstbehauptung und der Ordnung des gesellschaftlichen Friedens zu verletzen. Die Erfahrungen der Länder, in welchen die Todesstrafe in den letzten Jahrzehnten sehr beschränkt worden ist, lassen diese Frage bejahen; es ist nirgends eine Steigerung der Verbrechen, für welche die Todesstrafe abgeschafft abgeschafft worden ist, eingetreten. Wenn also neben den moralischen Gründen, so die thatfächlichen Verhältnisse für eine Aufhebung dieser Strafe sprechen, so scheint uns einem solchen Schritte nichts entgegenzustehen und wir hoffen, daß unsere Volksvertreter in den Augenblick, wo sie nur die Wahl haben, entweder die Todesstrafe in den Ländern, wo sie jetzt abgeschafft ist, wieder einzuführen, oder sie für ein von 30 Millionen Menschen bewohntes aufzuheben, sich für das Letztere entschließen werden.

Ein schönes Beispiel energischen Strebens zur Erhaltung, Befestigung und Förderung deutscher Bildung unter unseren Landsleuten im fernen Auslande ist die in Pennsylvania bestehende „deutsche Gesellschaft“. Der so eben uns zugegangene, aus Philadelphia vom 26. Dezember 1866 datirte Jahresbericht derselben gestaltet einen interessanten und erfreulichen Eindruck in die Mittel und Kräfte, mit denen er zu wirken sucht. Die Zahl der Mitglieder, welche in einem beigefügten Verzeichniß namentlich aufgeführt sind, belief sich in dem betreffenden Jahre auf 603, ihre allmähliche Vermehrung hält der Verwaltungsrath zur Erreichung und Erweiterung der vorgesetzten Zwecke für nothwendig. Die Gesellschaft verfolgt einerseits Wohlthätigkeits-, andererseits Bildungszwecke. Es wurden im Jahre 1866 von ihr 565 Bedürftige durch Darreichung von Gaben unterstützt, 191 Personen erhielten durch die dafür eingesetzten Agenten Arbeit nachgewiesen, wäh-

rend für 30 die Aufnahme im Armen- und Krankenhaus vermittelte und 30 Kranke von deutschen Aerzten unentgeltlich behandelt wurden. Für ihren Bildungszweck besitzt die Gesellschaft eine sehr reiche, stets mit den neuesten Erscheinungen der deutschen und englischen Literatur versehene Bibliothek, für welche jetzt schöne Räume neu erbaut sind und die in Bezug auf deutsche Bücher die bedeutendste in Amerika ist. Eine weitere Aufgabe ist die Sorge für das Schulwesen; in dieser Hinsicht wurde die Errichtung einer höheren deutschen Bürgerschule durch die Generalversammlung beschlossen und die Vorbereitung der dazu nötigen Schritte einer dafür ernannten Commission überwiesen.

Bei dieser Gelegenheit erhalten wir auch über die bereits in Philadelphia vorhandenen deutschen Schulen interessante Notizen. Es befinden sich dafelbst 3 katholische Schulen mit 2283 Schülern und 21 Lehrern, 7 lutherische Schulen mit 1698 Schülern und 17 Lehrern, 6 reformierte Schulen mit 906 Schülern und 14 Lehrern, ferner 8 Privatschulen (worunter aber eine Sonntags- und eine jüdische Sabbathschule) mit 1423 Schülern und 34 Lehrern, zusammen also 22 täglich gehaltene Schulen mit 5212 Schülern und Schülerinnen und 73 Lehrer und Lehrerinnen.

In den meisten dieser Schulen geht aber der Unterricht nicht weit über die Anfangsgründe, Lesen, Schreiben und Rechnen hinaus und der Gehalt der Lehrer — ein Wink für Auswanderer dieses Standes — ist im Ganzen außerordentlich gering. Die Nothwendigkeit einer Hebung und Fortbildung des deutschen Schulwesens in Philadelphia hat sich der Commission aus einer Prüfung der bestehenden Verhältnisse ergeben, und es wird deshalb nächstens von der deutschen Gesellschaft auch ein deutscher Schulverein dafelbst gegründet werden.

(Deutsche Blätter.)

zu lösen, wogegen verstrickende Allianzen mit einzelnen Mächten nothwendig Gegen-Allianzen heraufbeschwören und jede unbefangene Behandlung auftretender Schwierigkeiten von vorn herein ausschließen. Wenn solche Einverständnisse, bei denen man unter allen Umständen sich zu guter Kameradschaft verpflichtet, heute unterschmetternden Friedensfanfaren ausgerufen werden, so wird über ihre wirkliche Bedeutung niemand getäuscht. Entweder es steht überhaupt nichts dahinter, man betrügt einander gegenseitig oder es folgen die schwersten und unabsehbaren Verwicklungen. In Österreich selbst scheint die öffentliche Meinung in dieser Beziehung ziemlich klar zu sehen. So sagt die „Neue Fr. Presse“:

Den Kaiser Napoleon konnte füglich kein anderer politischer Gedanke nach Österreich geführt haben, als für den Krieg gegen Preußen, dem Frankreich unaufhaltam entgegentreibt, einen Alliierten zu gewinnen. Das ist die Frage, die in dem einen oder im andern Sinne entschieden wurde. Alles Uebrige ist Nebensache. Ob Napoleon sein Ziel erreicht hat oder nicht, wird erst später kund werden; heute noch haben beide Theile ein alzn großes Interesse, das Geheimniß zu bewahren, als daß über den Erfolg oder das Scheitern der napoleonischen Pläne ein sicheres, auf positiven Wahnehmung-n beruhendes Urtheil möglich wäre.

Jedenfalls ist vorerst das allgemeinste Misstrauen ausgefäßt worden. Weder von französischer noch von österreichischer Seite hat man sich bis jetzt auch nur die geringste Mühe gegeben, die Fluth abenteuerlicher Gerüchte, die von Salzburg ausgestromt sind, irgendwie zu berichtigten, während doch vor Kurzem der „Moniteur“ bei Gelegenheit der schleswigschen Depeche sich noch in Beschwichtigungen wahrstürzt.

Der Salzburger Specialcorrespondent der Wiener „N. Fr. Pr.“ schreibt: „Die polische Seite der Monarchenzusammenkunft beginnt sich etwas aufzubellen. Gestern und heute sprachen die Officiellen von friedlichen Aussichten. Was heißt das? Ich glaube nach den mir gewordenen Mittheilungen annehmen zu können, dhs diese „friedliche Aussichten“, in Folgendem bestehen: Es ist Napoleon nicht gelungen, eine förmliche Allianz mit Österreich durchzusetzen, sondern das ganze Resultat ist eine Entente cordiale, welche sich erst dann in ein Bündniß verwandeln würde, wenn Österreich angegriffen werden sollte. Die „friedlichen Aussichten“ beruhen also darauf, daß Frankreich den Krieg den es mit Österreichs Unterstützung zu führen beabsichtige, ohne Österreich nicht aufzunehmen will. Ist diese Folgerung richtig — und ich habe einige Ursache, sie dafür zu halten — so wären wir einer großen Gefahr entgangen, und die ausgesprochene friedliche Politik des Frhns. v. Beust hätte einen vollständigen Sieg über alle Nachegelüste und fremdem Verlockungen davongetragen. Letzter währt diese sichere Friedensperspective nicht länger, als bis zum nächsten Frühling; die europäischen Zustände sind eben nur ein großes Provisorium.“ — Wie die Stimmung des Volkes in Salzburg gegen den franz. Kaiser gewesen ist, das geht aus folgender Stelle derselben Berichts hervor: „Um 6 Uhr fuhr die Kaiserin von Österreich mit dem Erzherzog Ludwig Victor unter lautem Burus und Ticker geschwenken aus, 5 Minuten später folgten ihr die beiden Kaiser, mit jenem Schweigen empfangen, das Napoleon jetzt beinahe überall begrüßt und von den officiellen Blättern „lautlose Ehrfurcht“ genannt wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Die „Zeidl. Corr.“ hatte gemeldet, daß die Regierung verfügt habe, den Juden die Abgabe des Stimmzettels bei der Wahl zum Reichstage, auf Anrufen der Vorstände der jüdischen Gemeinden, noch bis eine Stunde nach Sonnenuntergang zu gestatten. Die Räbinaten haben die Erklärung abgegeben, daß sich keinerlei Vorschriften vorfinden, welche den Inden das Abgeben von Stimmzetteln am Sabbath unterfangen, da diese letzteren, wosfern sie nicht gedruckt sind, leicht schon am Tage zuvor geschrieben werden könnten. In Folge dieses Votums hat die Regierung von der Anallerdings beabsichtigt gewesenen Ausnahmebestimmung Abstand genommen.

Das „Militär-Wochenblatt“ nennt in seiner Aufzählung der verschiedenen Militär-Konventionen auch eine Militär-Konvention mit dem Großherzogthum Baden, von deren Inhalt man bis jetzt nur sehr unvollkommen Kenntniß hatte. Es handelt sich indeß um nichts Anderes, als um die von Preußen gegebene Einwilligung, daß die badischen Offiziere, so weit wie möglich, in preußischen Militär-Unterrichts-Anstalten ausgebildet werden dürfen; außerdem findet eine dauernde Kommandirung von zwei großherzoglichen Offizieren zum preußischen Generalstabe für jeden einzelnen Fall auf unbestimmte Zeit statt. Für die Zulassung zum Besuch der preußischen Militär-Unterrichts-Anstalten, welcher mit dem im Herbst dieses Jahres zu eröffnenden Lehrkursus beginnt, trägt die großherzogliche Regierung einen nach der Zahl der Theilnehmer pro Kopf jährlich zu berechnenden Anteil an den Gesamt-Unterhaltungskosten. Ein Rücktritt von der Konvention kann nur nach einjähriger Kündigung erfolgen.

Die Nachricht von dem Zurückziehen der außer der Festung Königstein in dem Königreich Sachsen noch stehenden beiden preußischen Infanterie-Regimenter No. 48 und 52 wird von verschiedenen Seiten als richtig bestätigt. Mit Ausschluß der Festungen Mainz und Königstein würde Preußen demnächst nur noch

sieben außerpreußische Garnisonen zählen, und zwar Hamburg, wohin zwei preußische Bataillone Infanterie verlegt würden, Lübeck, Sondershausen, Detmold und Bielefeld. Über die Belegung Dessaus und anderer nicht preußischer Städte mit preußischem Militair verlautet noch nichts Zuverlässiges. Die Feld-Artillerie-Regimenter No. 9 und 10 sollen durch Complettirungen dieselbe Stärke wie die andern älteren Feld-Artillerie-Regimenter erhalten und ihnen die vorhandene mecklenburgische, oldenburgische und braunschweigische Artillerie-Mannschaft eingereiht werden.

(R. B.)

Bekanntlich motivirte der Kriegsminister im Reichstage den gegen das bisherige preußische Militärbudget erhöhten Satz von 225 Thaler per Kopf Friedenspräsenz unter anderem dadurch, daß die Gehaltssätze der unteren Offizierscharen erhöht werden müßten, was um so weniger zu vermeiden sei, als die entsprechenden Gehaltssätze in den neu annexirten Landesteilen und in den übrigen Staaten des norddeutschen Bundes höher seien als im alten Preußen. Wie die „Mil. Bl.“ mittheilen, soll sich diese Gehaltserhöhung nur auf Lieutenants erstrecken; doch soll es fraglich sein, ob die Maßregel schon am 1. Oktober ins Leben tritt. Dasselbe gilt von der Erhöhung des Servis, die auch vorbereitet wird, und bei welcher die Eintheilung der Garnisonsorte in 5 Klassen in Aussicht genommen ist. — Der kombinierte preußisch-norddeutsche Marine-Etat pro 1868 wird sich, wie gemeldet wird, in seinen Bedürfnissen auf etwa 6 Millionen Thaler stellen, welche Summe, wie in bundesrathlichen Kreisen verlautet, vom Finanzminister erst dann genehmigt worden ist nachdem die Decernenten des Marine-Ministeriums die Unmöglichkeit nachgewiesen hatten, mit einer geringeren Summe alle projektierten Bauten und namentlich im Kieler Hafen und an der Jade auszuführen zu können. Der preußische Marine-Etat umfaßte, abgesehen von dem außerordentlichen Aufschuß von 4 Mill. Thlrn. aus den Kriegsentschädigungsgeldern, ungefähr 4 Mill. Die Erhöhung auf 6 Mill. wird also ungefähr dem Verhältnisse der Bevölkerung Alt-Preußens und des norddeutschen Bundes entsprechen.

Wiesbaden. Der Reg.-Präsident v. Diest hat ein Circular an die im untergebbenen Beamten des hiesigen Parlaments-Wahlbezirks erlassen, in welchem er die Kandidatur des bisherigen Abg. Dr. Braun auf das Entschiedenste bekämpft und den Grafen Bismarck als Gegen-Candidaten aufstellt; für dieses Mal werde man zwar nicht durchdringen, aber es gelte wenigstens eine inponirende Minorität um die richtige preußische Fahne zu schaaren. Da bekanntlich Graf Bismarck als Bundeskanzler nicht wählbar ist, so ist es schwer, zu errathen, welchen Zweck der Regierungs-Präsident bei Aufstellung dieser Candidatur im Auge hat.

Hannover. Gegen den in Lehre stationirten Wachtmeister von der Berliner Schutzmanschaft waren schon wiederholt Beschwerden der jenen Bahnhof passirenden Reisenden laut geworden, bis endlich sein Benehmen am 18. d. (s. v. Num. u. Bl.) gegen einen Magdeburger Kaufmann und zwei Damen zur Erhebung förmlicher Klage bei dem Polizei-Präsidium geführt hat. Inzwischen ist dieser Beamte auf Verfügung des hiesigen Generalpolizei-Direktors vorläufig auf seinem Posten in Lehre durch einen anderen Beamten ersetzt worden.

Stuttgart. Die Demonstration beim Empfang Napoleons führt ein Correspondent der „Elb. B.“ geradezu auf eine Veranstaltung der Regierung zurück. Zugleich führt er die bemerkenswerthe Thatstache an, daß die ministerielle „Bürgerzeitung“ zuerst eine sehr überschwengliche Beschreibung von dem warmen Empfang Seitens der Bevölkerung gegeben, dagegen in der Dienstagsnummer in offiziösem Tone schreibt: Die Hochrufe hätten nur von Franzosen und von Leuten hergerührt, welche der Bürgerschaft sehr fern stehen.“ Der Correspondent fragt, was diesen plötzlichen Wechsel der Stimmung in den Regierungskreisen hervorgerufen.

Österreich.

Die „N. Pr. Btg.“ enthält folgende Notiz: „Wie wir aus glaubhüdiger Quelle erfahren, stellt sich jetzt als Kern der Salzburger Abmachungen die Bildung eines süddeutschen Bundes unter Beteiligung Österreichs heraus. Außerdem scheint es sich als Handhabe gegen Preußen um eine Verständigung Österreichs und Frankreichs in in der schleswigschen Frage zu handeln.“

Das vorstehende Programm für die Salzburger Konferenz wurde bekanntlich schon vor ihrem Zusammentritt von dem Wiener Correspondenten des „Journal des Débats“ zum Besten gegeben. Als der eigentliche Urheber der Enthüllungen des Pariser Blattes galt überall Fürst Metternich, der in Salzburg mit so großer Ostentation durch das goldene Bieß ausgezeichnet worden ist. Daß jenes Programm die stillen Wünsche Österreichs wie Frankreichs enthält, ist wohl nicht zu bezweifeln, doch ist es ziemlich unwahrscheinlich, daß man sie in Salzburg so naft formulirt haben sollte, wie die „N. Pr. B.“ glauben läßt. Im Prager Frieden übernimmt Österreich nicht die Herrschaft im Süden, sondern es scheidet aus Deutschland aus. Vorher hat man es in Paris und Wien wohl nur auf einen neuen großen diplomatischen Lärm abgesehen, der alle malfkonten Elemente in Deutschland anfs Neue auf die Beine bringen und Preußen unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten soll. Die Welt ist heute aber nicht mehr darauf eingerichtet, solche unablässige fortgelebte Provokationen, welche die Sicherheit aller Beziehungen aufzubauen, zu ertragen, und so werden die beiden Paladine, welche der Weltfriede in Salzburg aufs Neue gefunden, wohl sehr bald in

die Lage versetzt werden, bestimmt zu sagen, was sie eigentlich wollen.

Die mexikanische Schulfrage soll in Salzburg zur Sprache gekommen sein, aber nur in so fern, als sich mexikanische Papiere in dem Besitz der kaiserlichen Familie befinden, die seiner Zeit eine nicht unbedeutende Summe übernommen hatte. Mit der Tilgung der mexikanischen Schulden hat Österreich nicht das Geringste zu schaffen. — Daz Napoleon mit dem greisen Könige Ludwig von Bayern ein langes Gespräch über die Verhältnisse in Deutschland hatte, ist bekannt. Man sieht hinzu, daß sich die Anschaung des alten Fürsten im Wesentlichen der österreichisch-französischen Auffassung zuneigt, was jedoch auf die weitere Entwicklung der europäischen Fragen kaum von Einfluß sein dürfte, daher auch mit vollständiger Gleichgültigkeit aufgenommen wird. — Bei den Ministern Beust und Andrássy hat sich Napoleon angelehnzt um den Stand der Arbeiten der Ausgleichsdeputation erkundigt, der ihm als ein befriedigender bezeichnet wurde. Mit Bestimmtheit wird versichert, daß die Deputationen ihre Thätigkeit zweckmäßig noch vor Ablauf des Monats August zum Abschluß bringen werden. Die Regierungsvorlagen betreffend die Aenderungen im Systeme der indirekten Besteuerung, sowie über die Eisenbahnfrage und die Vorlage über die Zoll- und Handelsverträge sind dahin erledigt, daß der erste und letzte Gegenstand einstweilen in statu quo erhalten bleibt, der zweite Punkt aber im Sinne der Regierungsvorlage erledigt wurde.

Frankreich.

Die französische Regierung ist, wie die spanische selbst, von den neuen Unruhen auf der pyrenäischen Halbinsel einigermaßen überrascht worden. An der Spitze der ziemlich weitverzweigten Verschwörung stehen, wie versichert wird, diesmal nicht militärische Parteiführer, sondern Persönlichkeiten aus dem Civilstande. Man soll sowohl O'Donnell wie Prim sondirt haben, ob sie sich zur Übernahme von Kommandos verstehen würden; die Bereitwilligkeit des Ersten ist wohl zu bezweifeln. Die Berufung einer konstituierenden Versammlung und eine provisorische Regierung unter König Ferdinand, dem Vater des jetzigen Königs von Portugal, gelten als die Hauptpunkte des von den Aufständischen entworfenen Planes. In den hiesigen Regierungskreisen ist man jedoch bis jetzt der Ansicht, daß Narvaez schließlich Herr der Lage bleiben wird.

Die mexikanische Post ist am 22. d. Mts. angekommen. Die Briefe aus der Stadt Mérito, sagt der „Estandard“, sind vom 20. Juli und enthalten lediglich die Ausführung der Telegramme von demselben Tage, welche der „Moniteur“ bereits veröffentlicht hat. Beim Abgang der Post befand sich Herr Dano noch immer in Mexiko. Die Gesandten Belgiens und Italiens hatten die Stadt noch nicht verlassen und beabsichtigen im Einvernehmen mit dem Bremter Frankreichs zu handeln. Der preußische Gesandte war, wie man glaubte, in San Luis de Potosi und schickte sich an, die Küste in Tampico zu gewinnen. Der österreichische Gesandtschafter wäre so versichert man, bereits in Tampico eingetroffen. — Wie die „Opinion Nationale“ mittheilt, wäre die italienische Regierung mit England darüber einverstanden, die Republik Mexiko anzuerkennen. — Marshall Bazaine wird die Absicht der Veröffentlichung einer Denkschrift zugeschrieben, in welcher er darthut will, „daß er in allen Stücken nach den Befehlen der französischen Regierung gehandelt habe.“ — Von den Aufständischen in Katalonien und Aragonien sind bis gestern neun auf französischem Boden eingetroffen und theils in Vorgesellschaften in Luchon interniert worden.

Die „Liberte“ bringt ein kurzes Schreiben der preußischen Gesandtschaft an den Herrn Fr. Passy, General-Sekretär der internationalen Friedensliga, worin dieselbe im Antrage der Königin von Preußen dem Comite die Anerkennung dieser hohen Frau für den edlen Zweck der Liga ausspricht, so wie die Sicherung, ihren Leistungen möglichst förderlich sein zu wollen.

Die Weltausstellung, welche fortwährend eine große Anzahl Deutscher nach Paris führt, hat seit langerer Zeit bei dem hier bestehenden deutschen Vereinen, den Gedanken rege gemacht, für ihre Gäste ans der Heimat und behufs einer öffentlichen Kundgebung der unter ihnen herrschenden freundschaftlichen Beziehungen ein allgemeines deutsches Fest zu veranstalten. Die Aufforderung zu einem solchen, ging von dem Männergesangverein Teutonia aus, dem sich auch sofort die Vereine Germania, Concordia, Liedertafel, Grüne Insel und der hiesige deutsche Turnverein anschlossen, und so wird denn am 31. August und am 1. September das beabsichtigte Fest in den Lokalitäten des Saales Dourleos Avenue Wagram, unfern der Barriere de l'Etoile, zur Ausführung gebracht werden. Dasselbe soll am Sonnabend, den 31. August Abends, mit einer einleitenden Festrede beginnen, auf welche von den Gesangvereinen gemeinschaftlich unter der Direction des Hrn. H. Wittmann auszuführendes Concert folgen wird, einem vom deutschen Turnverein zu veranstaltende Schauturnen in demselben Lokal gewidmet werden und der Abend derselben Tages wird das Fest mit einem Bankett beschließen.

Italien.

Rom ist vollständig ruhig, infosofern es die politischen Angelegenheiten betrifft. Garibaldi scheint, wenigstens für den Augenblick, seine Projekte aufgegeben zu haben; aber so lange dieser Mann auf dem Continent bleibt, ist eine Überraschung nicht unmöglich.

lich. Die Römer sind übrigens im Augenblicke von der Cholera allein in Anspruch genommen, welche leiste Woche plötzlich in Albano zahlreiche Opfer hingerafft hat. Mehrere Hundert Personen sind in 2 Tagen gestorben. Der größte Theil derselben gehörte den römischen Familien an, die sich nach Albano geflüchtet, weil dieses bis jetzt wegen seiner gefährlichen Lage bekannt war. Sobald diese Thatsachen bekannt wurden, flüchteten sich alle Fremden und ein großer Theil der Bevölkerung. Niemand wollte die Toten mehr begraben, und man betraute die päpstlichen Buaven mit dieser peinlichen Mission, die sie auch mit ungewöhnlichem Eifer ausführten. Heute ist Albano fast ganz verlassen, und die Cholera verschwindet, weil die Opfer fehlen. Die Bevölkerung fängt an, wieder zurückzukommen. Sie sind in den benachbarten Orten kein Asyl; die Bewohner derselben verjagten sie mit Flintenschüssen.

Spanien.

Die Nachrichten aus Spanien sangen selbst in offizieller Färbung an, immer bedenklicher zu laufen, da seit die Regierungs-Depeschen jetzt eingestehen, daß seit dem 16. August eine, wie es scheint, von langer Hand vorbereitete Bewegung an verschiedenen Punkten zum Ausbruch gekommen ist. Man schreibt der „R. S.“ aus Paris: In Catalonien halten sich drei Banden von je 3-400 Mann Stärke im „offenen Felde“ auf. Die eine wurde geführt von einem Schneider aus Caldas, die zweite vom General Contreras und die dritte von einem Obersten Baltrich. Die ganze Bewegung aber steht unter der Leitung des Generals Pujol, eines Enkelsohnes jenes Pujol, der im ersten spanischen Unabhängigkeitskriege von 1808 den Franzosen so verderbt geworden. In Aragonien tauchten gleichzeitig zwei verschiedene Insurgentenbauen auf, von denen der eine 250 Mann, der andere 300 Mann zähle. Diese letzteren hätten sich bereits 150 Carabiniers, also reguläres Militär, die fahnenflüchtig geworden, angeschlossen und in dieser Provinz wie in Catalonien sei die Aufregung der Bevölkerung sichtbar im Wachsen. Eigentümlich ist, daß die offiziellen Berichte in keiner Weise von der Befreiung Prims an diesem Aufstande sprechen und daß die spanische Gesandtschaft in Brüssel es sich förmlich angelegen sein läßt, den Nachweis zu führen, der General habe die belgische Grenze nicht überschritten.

Amerika.

Am 15. Juli Morgens hielt, nach einer Abwesenheit von vier Jahren und 45 Tagen der Bürgerpräsident Bueno Juarez unter Kanonendonner, Klängen der Nationalhymne und dem Geläute aller Glocken seinen Einzug in die Hauptstadt. Er kam im offenen Wagen von Chapultepec, begleitet von seinen Ministern Sebastian Lerdo, Iglesias und Ignacio Mejia, und hielt am Nuevo-Pasco vor dem Reiterstandbild Karls II., wo sich der Altar des Vaterlandes erhob. Hier wurde Juarez von den Mitgliedern des Gemeinderathes empfangen; Martinez de Castro ergriß das Wort um ihn zu beglückwünschen. Der Präsident erwiederte darauf mit einigen improvisirten Worten, die lebhaften Beifall fanden. Es wurde ihm ein goldener Kranz überreicht; auch die Minister und Generale erhielten Lorbeerkränze. Dazu bildete sich der Zug. Er ging über die Straße Alameda, San Francisco, Plateros etc. Voran schritt eine Kompanie Sappeure, an diese schlossen sich Scharen von Indianern, in ihren weißen, Kostümen, barfuß mit Palmenzweigen und bunten Tüchern. Alle Mitglieder des Gemeinderathes, die Spitzen der Beamten, begleiteten in 16 offenen Wagen den des Präsidenten. Scharen von Volk und Kindern umschwärmt den selben unter dem Rufe: „Es lebe der Präsident!“ Hinter dem Wagen ritt der Obergeneral Porfirio Diaz in einer prächtigen, goldglänzenden, grünen Uniform. Dann folgten die übrigen Generale in phantastischen Kostümen, der Stab, das ganze Heer. Der Vorbeimarsch währte 2½ Stunden. — Was auch berichtet werden mag, um das republikanische Heer in Europa in üblen Ruf zu bringen, in Wahrheit ist die Haltung und das Vertragen der liberalen Truppen in der Hauptstadt durchaus tadellos. Man muß die Mäßigung und Mannszucht einer Armee, die man als aus Banditen bestehend dargestellt hat, bewundern.

Provinzielles.

Königsberg, den 21. August. Am 19. feierte die städtische Schützengilde ihr Schützenkönigsfest. Der Schützenkönig pro 1867/68 ist Partikular Johns, weissland Gastwirth, ein Descendent der „Farbigen“, ein Quarterone oder Quinterone. Sein Schützenkönigsscheibemappen war „eine Vittoria“, von wegen des vorjährigen kriegerischen „Sechs- und Sechzig-Spiels“. Sein Motto hieß „Vittoria!“ Seine Königsrede lautete: „Guten Morgen! danke für Ihre zahlreiche Beteiligung, (Heiterkeit der 30 anwesenden Schützen) hoch lebe S. M. der König! hoch lebe (der nicht anwesende) Obervorsteher Geheimer Rath Dr. Burrow! hoch lebe die Gilde! und nun, meine Herren, lassen Sie uns essen und trinken!“ — S. M. der Schützenkönig, ein Mann von 30,000 Thaler, hatten Höchstbire eigenen Wein mit, ja sogar die selbstgeogenen Achtelchen Baisch. Pfropfengeld darf S. M. der Schützenkönig bei solchen hohen Feierlichkeiten an den Dekonom des Schiekhauses nicht zahlen, weil Allerböckstder selbe aber — gegen alle 500jährige Usance — selbst seine Achtelchen Baisch mit zur Stelle brachte, nahm der ehrgeizige Dekonom in ernste Überlegung ob er dem König das „Eisen“ verabsolgen sollte oder nicht. Es geschah dennoch, denn die Autorität schlug durch. Der Schützen-

könig erhält aus der Gildekasse 100 Thlr. zur Belastung der Kosten. Dafür hatte König Johns I. zum Concert nicht die ganze Kapelle engagirt — worüber die geruehen Unterthanen murerten — nein, nur 15 Mann. Hiermit überlieferne ich Ihnen ein Stückchen Königsberger Spießbürgerthum.

Lokales.

— Personal-Chronik. Der Kgl. Gerichts-Assessor Herr Paul Kirstein ist zum hiesigen Garnison-Auditeur ernannt.

Zur Reichstagswahl. Der Tag der Wahlen rückt immer näher. Auch dieses Mal erscheint es als eine Pflicht der Deutschen, geschlossen an die Wahlurne zu treten. Nach dem Verhalten der polnischen Abgeordneten auf dem letzten Reichstage kann ein guter deutscher Mann nur in einem Deutschen seine Stimme geben. Erfreulich ist es, daß die Deutschen in unserem Kreise sich nicht gespalten haben, daß Männer der verschiedenen Richtungen und Ansichten sich auf einen konservativen Mann, den Justizrat Dr. Meyer, einigen. So fehlt denn Niemand am Wahltag, beruhigt sich keiner damit, daß es auf seine Stimme nicht ankommen werde. In unserem Kreise kann es sehr wohl dazu kommen, daß eine Stimme den Ausschlag giebt. Also, wer ausbleibt kann leicht die Schuld davon zu tragen haben, daß der polnische Kandidat gewählt wird, und das kann Niemand wünschen, der unser Wahlkreis als deutsches Land erhalten will.

Bor allen Dingen richten wir an die Liberalen die Bitte, daß sie einig bleiben, daß auch nicht einer von ihnen etwa deswegen, weil der aufgestellte Kandidat nicht ganz genau der Partei farbe des Wählenden entspricht, sich der Wahl enthalten, oder einem andern als den aufgestellten Kandidaten zum Abgeordneten wählen möge. Auch wer dies thut, befördert die Wahl des polnischen Kandidaten. Nun hört man freilich zuweilen von sogenannten Entschiedenen es aus sprechen, die Wahl eines Polen sei besser, als die eines nicht ganz entschiedenen Liberalen, denn auf ersteren könne man sich wenigstens in Freiheitsfragen verlassen. Das ist aber durchaus nicht richtig. Die Abstimmungskurve des letzten norddeutschen Reichstages liegt vor uns. Daraus erscheinen wir, ein wie geringes Interesse die Polen den einzelnen vorgekommenen Abstimmungen geschenkt haben. Ein heroveragender polnischer Abgeordneter, der Fürst Czartoryski z. B. hat bei sämmtlichen namentlichen Abstimmungen gefehlt, der Abg. Dekowski hat von 17 namentlichen Abstimmungen sich nur bei einer beteiligt, der Abg. v. Domitrowski hat bei wichtigen Abstimmungen, wie z. B. über die Grundrechte, über die Länge der Legislaturperiode des Reichstages und die Friedenspräfektur des Heeres ebenfalls gefehlt. Da kann man doch wahrlich nicht sagen, man könne in Freiheitsfragen sich auf die unbedingte Unterstützung der Polen verlassen.

Also bleiben wir einig! Es ist unmöglich, einen Abgeordneten zu finden und zu wählen, der ganz genau dem Parteidokument jedes einzelnen Wählers entspricht. Seien wir zufrieden, daß wir einen gefunden haben, an dem nur Wenige etwas auszusehen haben, und diese Wenigen, das ist unsere Bitte, die mögen sich fügen, im Interesse der deutschen Sache, ja auch im Interesse der Freiheit!

Das deutsche Wahl-Comité für den Kreis Culm, in welchem alle deutschen Parteien vertreten sind, hat an die „deutschen Wähler“ im Kreise Culm folgendes Wahlanschreiben (Culm, den 21. d. Ms.) erlassen:

Den vereinten Bemühungen aller deutschen Wähler ist es bei der ersten Wahl zum norddeutschen Reichstag gelungen, einen deutschen Abgeordneten durchzuführen. Die nationalen Gegensätze haben sich inzwischen nicht gemildert und nach wie vor erachten wir es für eine Pflicht aller deutschen Wähler, auch bei der jetzt bevorstehenden Wahl zum norddeutschen Reichstage alle Stimmen auf einen deutschen Kandidaten zu vereinigen, als welchen wir wiederum nach Beschluss der Wählerversammlung vom 27. Juli e.

den Justizrat Dr. Meyer aus Thorn

in Vorschlag bringen.

Es wird an uns sein, darzuthun, daß die bei der ersten Wahl ermittelte Majorität nicht aus Zufälligkeiten oder, wie von anderer Seite behauptet wurde, aus unberechtigten Beeinflussungen der polnischen Wähler hervorgegangen, sondern daß dieselbe dem Übergewicht des deutschen Elements im hiesigen Kreise zu verdanken war.

Im Auftrage der vorbezeichneten Wählerversammlung richten wir daher an alle deutschen Wähler die Bitte, ihre Stimmen wiederum auf

den Justizrat Dr. Meyer in Thorn

zu vereinigen und vollzählig an der Wahlurne zu erscheinen. Nur so kann es uns gelingen, den deutschen Interessen des Kreises Geltung zu verschaffen.

— Kommunales. Der neue Tarif zur Erhebung des Wechselbrückenzolls hat die Allerböckste Bestätigung erhalten, muß aber nach 5 Jahren beaufs einer etwa nothwendig gewordenen Revision vorgelegt werden.

— Wiederherstellung deutscher Ortsnamen. Die bisherigen amtlichen Bezeichnungen der Ortschaften Zymisdroje, Piec und Brzesno (Kreis Pr.-Stargard) und des Guts Schwarzenz (Kreis Berent) sind, wie das „Amtsblatt“ mitteilt, in Kalspring, Osen, Birkenhal und Elsenthal umgewandelt worden. Ferner wurde die Wiederherstellung folgender deutscher Ortsnamen genehmigt: für Brzezin (bei Summin): Briefen, für Radziejewo: Rathsdorf, für Brzesnow: Brust, für Brzesnow: Brzesnow, für Królowlah: Königswalde, für Radagost: Radegast, für Wysocka: Wiesenwald und für Czarniak: Schwarzwald.

— Eisenbahn-Angelegenheiten. Die neulich vom „Gr. Ges.“ gebrachte Mittheilung, daß die Vorarbeiten für die Bahnlinie Insterburg-Graudenz-Terespol plötzlich sistirt seien, scheint sich nach den Erkundigungen, welche hierorts eingezogen sind, ebensoviel zu bestätigen, als die Nachricht der „Insterb. Btg.“, daß sich das Handelsministerium bereits für die Linie Insterburg-Thorn entschieden habe. Es kann aller-

dings auffallen, daß diese einander gewissermaßen ergänzenden Nachrichten beider Blätter zu gleicher Zeit auftreten und daß für die Richtigkeit zu sprechen schien; es ist aber aller Grund vorhanden, beide Nachrichten vorläufig für irrtümlich zu halten.

In Anschluß an das Voraufgehende theilen wir noch folgende Notiz des „Gr. Ges.“ vom 24. d. mit: An Stelle der Baubeamten der Ostbahn, welche plötzlich Auftrag erhielten, ihre Arbeiten für das Projekt Terespol-Insterburg einzustellen und nach Bromberg zurückzukehren, sind gestern zwei andere Beamte eingetroffen, welche die Arbeiten wieder aufgenommen haben.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— Kommerzielles. Bezuglich der Verfügungsbefugniß der Handelsgesellschaft nach eingetretener Auflösung der Gesellschaft, im sog. Stadium der Liquidation, hat das Obertribunal folgenden Grundfaß angenommen: Nach Auflösung der Handelsgesellschaft erhält dieselbe in den Liquidatoren ihre Organe für die Wahrnehmung und Geltendmachung der aus dem Gesellschaftsverhältnisse herrührenden Rechte, und sind die einzelnen Gesellschafter als solche nicht mehr zur Vertretung des Gesellschaftsvermögens oder ihres Anteils daran befugt.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 18½ p.C. Russisch-Papier 18½ p.C. Klein-Courant 21 p.C. Groß-Courant 10 p.C. Alte Silberrubel 8 p.C. Neue Silberrubel 5—6 p.C. Alte Kopfen 10—12 p.C. Neue Kopfen 15 p.C.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 25. August. Temp. Wärme 18 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 4 Fuß 10 Zoll.
Den 26. August. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 3 Fuß 7 Zoll.

Das Hamburg-Newyorker Postdampfschiff „Cimbria“ Capt. Trautmann, am 10. d. M. von Newyork abgegangen, ist nach einer vorzüglich schnellen Reise von 9 Tagen 4 Stunden am 20. d. M. 4 Uhr Morgens in Cowes angelommen, und hat, nachdem es daselbst die Verein. Staaten-Post, so wie die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um 7 Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt 132 Passagiere, 47 Briefsäcke, wovon 12 für Hamburg, 475 Tons Ladung und 41,500 Contanten.

Es ist diese die schnellste Reise, welche je von einem Dampfer von Newyork nach Cowes gemacht worden ist. Nach Abzug der Differenz von ca. 30 Stunden zwischen der Entfernung von Newyork bis Queenstown und Newyork bis Cowes ist dieselbe gleich einer Reise von 7 Tagen 22 Stunden von Newyork bis Queenstown.

Hamburg, den 20. August 1867.

Insolvenz.

Bekanntmachung.

Am 29. August d. J.

Vormittags 10 Uhr, sollen im hiesigen Rathaushof ein mit Eisen beschlagener Schlitten, ein vierzölliger Arbeitswagen und ein Korbwagen öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 18. August 1867.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Das nach langem Leiden am 25. August d. J. Abende 10 Uhr erfolgte Hinscheiden unseres geliebten Enkels, Sohnes und Bruders Alexander Kayserling

im noch nicht vollendeten 8. Lebensjahre, zeigen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung tiefbetrübt an

die Hinterbliebenen.

Verein junger Kaufleute.

Heute Abend präcise 8½ Uhr Versammlung im Schützenhause.

Der Vorstand.

Denjenigen Herren und Damen, wie auch der Lehrerin Fräulein Rewendt mit ihren Schülerinnen, welche meine Tochter Agnes Emma John zu ihrer letzten Ruhestätte begleitet haben, sage ich hiermit meinen innigsten Dank.

Thorn, den 23. August 1867.

John, Frachtbestätiger.

